



Hans Krings:

**„Weg vom schönen Schein
und symbolhaften Sein.“**

Künftige Organisation der Kreisverwaltung

Struktur für ein Kreis-Gebäudesanierungsprogramm

Effizientere Polizeiorganisation im Rhein-Erft-Kreis

3. Februar 2009

www.hans-krings.de
www.rhein-erft-spd.de

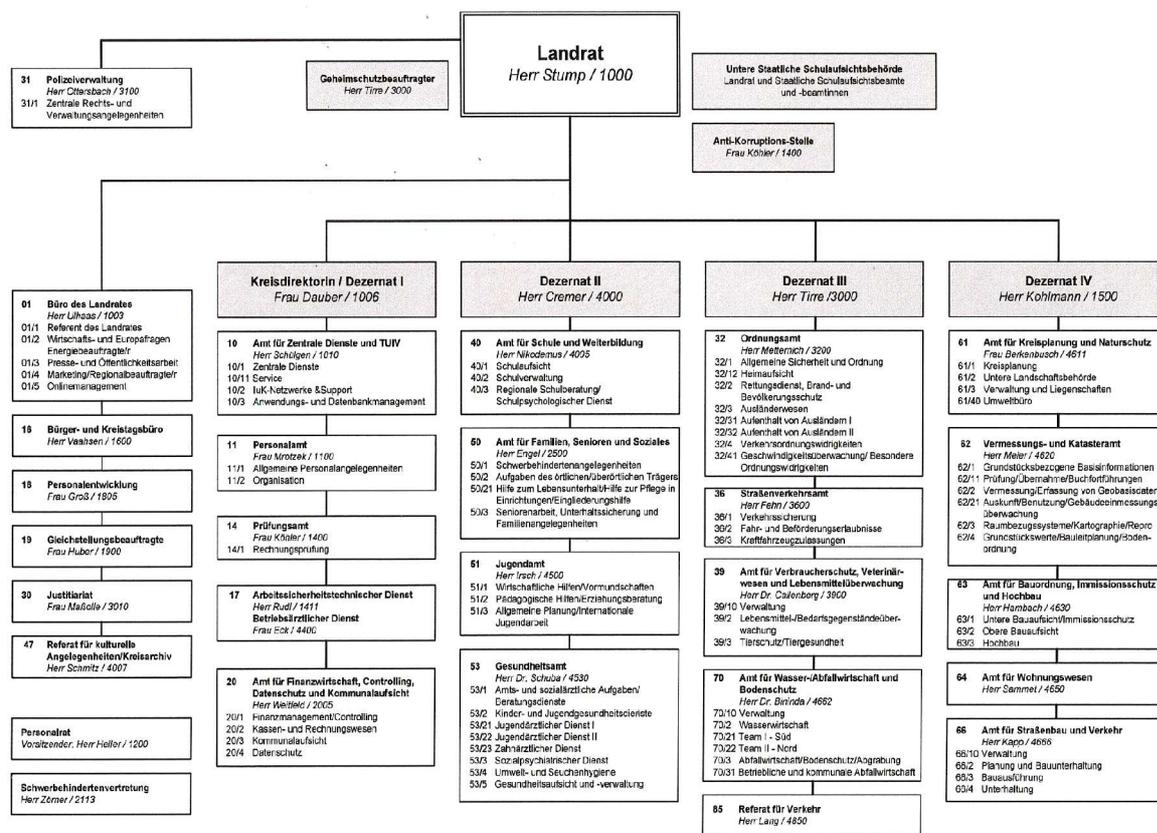
1. Künftige Organisation der Kreisverwaltung

Drei Dezenten/-innen reichen aus.

Am kommenden Donnerstag steht die Wahl des Nachfolgers von Herrn Tirre im Kreisausschuss an. Nach Lage der Dinge ist davon auszugehen, dass die jetzige Regierungsmehrheit aus CDU und FDP, eventuell noch verstärkt um ihren "neutral-geheimen" grünen Koalitionspartner, einen FDP-Kandidaten wählen wird. Was die Grünen dann später dafür bekommen, bleibt abzuwarten.

Verwaltungsgliederungsplan Rhein-Erft-Kreis

Stand: 01.04.2008

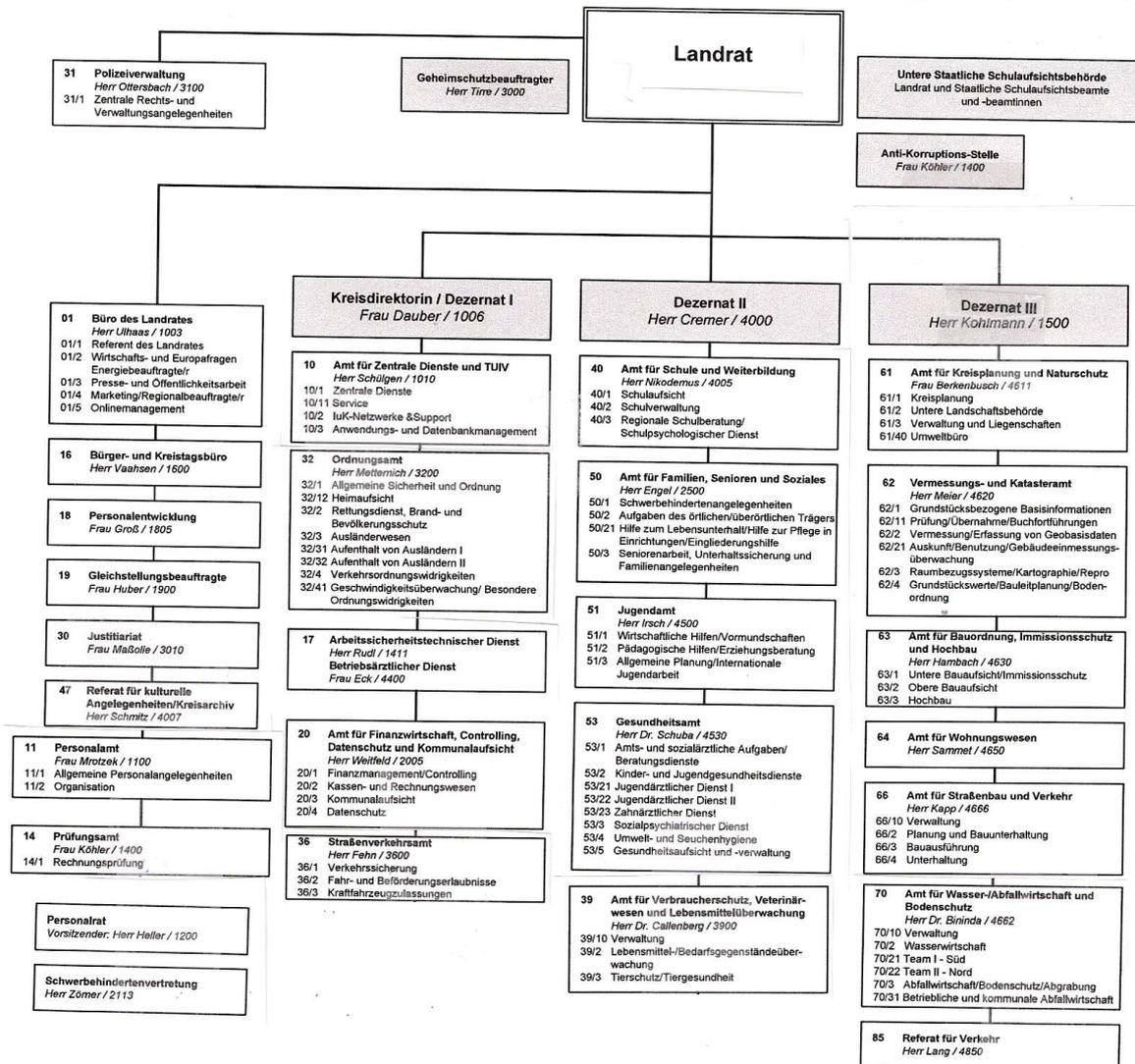


Die Dezentenstelle ist aus unserer Sicht entbehrlich. Der Landrat müsste allerdings zwei Ämter übernehmen, was ihn nach 10 Jahren Erfahrung mit der Verwaltung nicht überlasten sollte.

Die Personalentwicklung gehört schon heute zu seinem Bereich. Konsequenter wäre es, wenn er - statt sich die Rosinen heraus zu picken - das gesamte Personalgeschäft übernehmen würde. Durch die Zusammenlegung von Personalamt und Personalentwicklung würde die künstliche Trennung aufgehoben und viel Konfliktstoff abgebaut. Auch das Rechnungsprüfungsamt sollte er selbst übernehmen. Inhaltlich darf er auf dessen Arbeit ohnehin kaum Einfluss nehmen. Es bliebe ihm lediglich die organisatorische

Verantwortung, die er ohnehin bei diesem herausgehobenen Amt nicht abschieben kann. Ihm das Amt für zentrale Dienste zuzuordnen, so weit wollen wir nicht gehen. Dann hätte er wirklich ein Instrument, sich konkret um die Abläufe seiner Verwaltung zu kümmern. Warum er als Nichtjurist unbedingt für das Justitiariat zuständig sein will, bleibt sein Geheimnis. Hier wären eher der Jurist beziehungsweise die Juristin auf der Dezernentenebene gefordert.

Verwaltungsgliederungsplan Rhein-Erft-Kreis **Vorschlag Hans Krings**



Im Dezernat der Kreisdirektorin würde durch den Wegfall zweier Ämter Kapazität geschaffen, das Ordnungsamt und das Straßenverkehrsamt zu übernehmen. Durch die Zuordnung zur stellvertretenden Verwaltungschefin würde der Bereich des Katastrophenschutzes auch nach draußen erheblich aufgewertet.

Der Bereich Verbraucherschutz könnte in das Dezernat des Sozialdezernenten wechseln. Dort würde es sich organisch an das Gesundheitsamt anfügen. Hier sind bzw. werden Kapazitäten durch die Gründung der ARGE und die absehbare Übertragung des Jugendamtes für Elsdorf und Bedburg frei.

Das Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft sowie das Verkehrsreferat gehören in das technisch geprägte Umweltdezernat. Der Abfallbereich ist hier ohnehin aus politischen Gründen dort abgezogen worden. Eine sachliche Begründung dafür hat es nie gegeben.

Damit wären die Aufgaben des freien Dezernates aufgeteilt.

Auch alternative Lösungen sind denkbar. Entscheidend ist, dass der Landrat auch einige Ämter übernimmt. Diese beeinträchtigen ihn nicht in seinen Führungsaufgaben. Vielmehr sind es Querschnittfunktionen, die er ohnehin mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen muss.

Zum Schluss bleibt festzuhalten: Wir werden den Gang der Dinge bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen nicht aufhalten. An der oder dem dann gewählten Dezernentin/Dezernenten werden wir uns nicht reiben, sondern mit dem/der Gewählten fair zusammenarbeiten. Allerdings behalten wir uns vor, wenn wir nach der Wahl die jetzige Zahl von Dezernaten vorfinden, der Verwaltung eine modernere und schlankere Struktur zu geben.

2. Struktur für ein Kreis-Gebäudesanierungsprogramm

Ein Verein alleine tut es nicht.

Vor vier Wochen hat die Rhein-Erft SPD ein Gebäudesanierungsprogramm für den Kreis vorgestellt. Das Echo entspricht dem üblichen politischen Strickmuster im Kreis. Zuerst wird das Thema für überflüssig erklärt, dann kündigt der Landrat urplötzlich die Gründung eines Vereins mit der Kreishandwerkerschaft und der Kreissparkasse an. Genauer weiß man noch nicht.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in den entsprechenden Gremien können sich die Betroffenen gegen diese Vereinnahmung nicht wehren. Es ist auch nicht der erste Verein dieser Art im Kreis.

Heute legen wir eine konkrete Organisationsstruktur für das Projekt vor.

Ein Verein ist ein mögliches Modell für die Aufgabe, doch das allein reicht nicht aus. Der Kreis muss die Geschäftsführung für das Projekt übernehmen. An dem Projekt sollen viele mitarbeiten, nicht nur die beiden genannten. Die Moderation muss bei einer neutralen Stelle liegen. Hier sollen Schwachstellen erkannt, nachgesteuert und gegebenenfalls Beschwerden nachgegangen werden. Der Geschäftsführung muss ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem alle Akteure, Handwerk, Banken, Verbraucherberatung und der Haus- und Grundbesitzerverband sowie der Mieterbund vertreten sind.

Hauptmotiv für die Ansiedlung der Schaltstelle beim Kreis ist allerdings ein weiterer Gedanke. Das Vorhaben sollte in der nächsten Stufe zu einem umfassenden Klimabündnis ausgebaut werden. Auf der Grundlage einer CO₂-Bilanz für den Kreis sollen Energieoptimierung, Einsatz klimaschonender Energie und CO₂-Abbau vorangetrieben werden. Wir fangen heute erst einmal vorne an.

Wir haben für die Koordinierungsaufgabe einen Finanzierungsvorschlag, nämlich die Einsparung der Dezernentenstelle, gemacht. Davon hängt das Projekt nicht ab. Es kostet jedoch einen Betrag in gleicher Größenordnung.

Eine nahe liegende Idee ist es natürlich, die Schaltstelle bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft anzusiedeln. Damit wäre ihr eine konkrete Aufgabe zugewiesen. Das Problem ist jedoch, dass man schwerlich jemanden findet, der der Gesellschaft die Abwicklung zutraut. Das ließe sich gegebenenfalls ändern. Die Aufgabe lässt sich ohne Qualitätsverlust direkt in der Kreisverwaltung ansiedeln.

Am Anfang der Arbeit steht eine neutrale Beratung der Haus- und Wohnungseigentümer, wo die Hauptmängel im einzelnen Objekt liegen, was an Sanierung möglich ist und in welcher Richtung konkret weiter geplant werden soll. Dafür ist die Verbraucherberatung der ideale Ansprechpartner. Die bietet diesen Service nämlich in anderen Gegenden kostengünstig als Komplettpaket an.

Für die Detailplanung und die Durchführung wären dann private Planungsbüros zuständig. Wenn man genau weiß, was erforderlich ist, kann man schon an dieser Stelle die ausführenden Firmen beauftragen. Sonst bliebe ihnen die Durchführung der Gewerke. Auf

jeden Fall eröffnet sich für sie ein gewaltiger Markt, der unabhängig von der jetzigen Konjunkturlage auf lange Zeit bestehen bleibt.

Die Finanzierung muss ebenfalls organisiert werden. Zunächst gibt es hier eine Vielzahl öffentlicher Förderprogramme. Am einfachsten wäre es, wenn die Banken, die die Gesamtfinanzierung sicherstellen, die Beratung über die Fördermöglichkeiten mit anbieten. Im Bankenbereich ist die Kreissparkasse ein wichtiger Partner. Darüber hinaus gibt es natürlich noch weitere Partner. Die Volks- und Raiffeisenbanken werden mit Sicherheit an diesem Geschäft interessiert sein. In der jetzigen Finanzkrise könnten sogar die Privatbanken für dieses Brot- und Buttergeschäft zu gewinnen sein.

Schön wäre es, wenn sich alle zu einem Sonderkreditprogramm für solche Maßnahmen entschließen könnten. Da diese Anlagen relativ sicher sind, ist dies keine Zumutung.

Über das Thema wird seit Jahren gesprochen. Förderprogramme gibt es so viele, dass der Laie den Überblick verliert. Es muss eine schlagkräftige Struktur her, die den Prozess aktiv steuert. Die jetzige Wirtschaftskrise muss der Anstoß für entschlossenes Handeln sein.

3. Effizientere Polizeiorganisation im Rhein-Erft-Kreis

Ortsnahe Polizei in unserer Region.

Tagtäglich liest man in der Zeitung Meldungen über Wohnungseinbrüche im Rhein-Erft-Kreis. Die genaue Statistik kommt erst im März heraus, sodass sich noch kein repräsentatives Bild ergibt. Nachdem die Zahl der Wohnungseinbrüche im Kreis insgesamt in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen war, bei Steigerungen in einzelnen Kommunen, scheint sich wieder ein Anstieg abzuzeichnen. Die Gesamtkriminalität war schon im Vorjahr um 4 Prozentpunkte gestiegen, die Aufklärungsquote um 2 Prozentpunkte zurückgegangen.

Das Thema "Wohnungseinbrüche" war auch Gegenstand der Neujahrsansprache des Landrates. Danach sollen Ortsvorsteher mit Feuerwehr, Schützenbruderschaften und Sportvereinen Ordnungspartnerschaften bilden. Was sich genau dahinter verbirgt, ist schleierhaft. Ein wenig erinnert es an die Blockwarte vergangener Zeiten.

Funktionierende Nachbarschaften sind ein gutes Mittel gegen Wohnungseinbrüche. Sinnvolle Ordnungspartnerschaften auch, sie ersetzen aber keine vernünftige Polizeiorganisation. Da liegt die Wurzel des Problems.

Nicht die Polizeibeamten sind das Problem, die leisten engagiert ihren Dienst und können Erfolge vorweisen. Das gleiche gilt für die Führungskräfte der Polizei. Diese versuchen mit ihrem professionellen Können aus einer falschen Organisationsstruktur, die Ihnen durch die Politik vorgegeben wurde, das Beste zu machen.

Der Chef der Kreispolizeibehörde, der amtierende Landrat, hat die verfehlte Organisationsstruktur zu verantworten. Seit einigen Jahren hat der Kreis eine neue, vom jetzigen Landrat verfügte, Polizeiorganisation.

Wir haben diese Organisation von Anfang an kritisiert. Im vorigen Jahr wurden die gestiegenen Kriminalitätszahlen und schlechteren Ermittlungsergebnisse mit Sondereinflüssen und Anlaufproblemen begründet.

Die neue Struktur hat zwei Kardinalfehler, eine für unseren Raum zu starke Zentralisierung und die Auflösung der Zusammenarbeit von Schutz- und Kriminalpolizei vor Ort.

Im Augenblick haben wir im Kreis vier Hauptwachen der Schutzpolizei mit jeweiligen Nebenwachen in den Nachbarstädten und drei Regionalkommissariate der Kriminalpolizei in der Fläche. Beide Bereiche sind nicht deckungsgleich, wie sich aus den Zahlenverhältnissen ergibt. Darin liegt der Hauptfehler.

Wir wollen wieder drei Polizeiinspektionen im Kreis errichten, die die örtliche Verantwortung für Schutz- und Kriminalpolizei haben. Kreise unserer Größenordnung haben zwar meist nur zwei Inspektionen, wir hoffen aber, dass wir im Einzugsbereich von Köln personell etwas besser gestellt werden als andere Kreise. Diese Inspektionen werden dann einen kleineren Bereich zu überblicken haben und können auf örtliche Gegebenheiten schneller reagieren.

Durch die Ausdünnung der Nebenwachen sollten angeblich Leitungsfunktionen abgebaut und mehr Beamte in den Einsatz gebracht werden. Hier waren von Anfang an Zweifel angebracht. In solchen Fällen entwickeln sich meist informelle Leitungsstrukturen und der gedachte Effekt verpufft.

Modelle, die in der Großstadt möglicherweise funktionieren, berücksichtigen nicht die Verkehrsverhältnisse und die Entfernungen in unserem Raum. Es nützt wenig, vermehrt Streifenwagen einzusetzen, wenn sie sich erstmal durch das Verkehrsgewühl durcharbeiten müssen.

In Bedburg und Elsdorf wollen wir die Stützpunkte für die Bezirksbeamten zu ortsnahen Sicherheitszentren ausbauen. Hier sollen die Bezirksbeamten, gelegentlich auch der Streifendienst der Hauptwachen und die Kriminalpolizei gemeinsam mit den örtlichen Ordnungsämtern und anderen kommunalen Dienststellen gemeinsame oder aufeinander abgestimmte Einsätze und Aktionen durchführen. Eine solche Zusammenarbeit streben wir auch an anderen Orten an, z. B. am Horremer Bahnhof mit der Bundespolizei.

Das sind dann echte Ordnungspartnerschaften. Wir wollen einen Schritt weitergehen. Wir wollen eine Aktion unter dem Motto anstoßen: "Nachbar schau hin!" Die Fachleute der Polizei wissen, wo und wann Wohnungseinbrecher ansetzen. Durch eine kreisweite Öffentlichkeitskampagne soll die Bevölkerung sensibilisiert werden.

Dabei sollen praktisch verwertbare Kenntnisse übermittelt und die Bevölkerung zu einem sinnvollen Anzeigeverhalten ermuntert werden. Es ist nichts damit gewonnen, wenn die Leitstelle mit zahllosen unverwertbaren Anrufen blockiert wird. Auf brauchbare Hinweise reagiert die Polizei schnell und effizient, wenn sie dann richtig organisiert ist.

Ein Satz noch zum Schluss. Gelegentlich wird kolportiert, hier sei nur eine Struktur umgesetzt worden, die das Innenministerium unter früherer Leitung initiiert habe. Das ist unwahr. Das Ministerium hat damals einem Modellversuch des Polizeipräsidenten Köln zugestimmt - und das auch nur nach eingehender und kritischer Erörterung. Dort und in einigen Kontrollbehörden ist der Versuch dann gelaufen. Die Auswertung haben wir nicht mehr zu verantworten, schon gar nicht die heutige Umsetzung.

Bezeichnenderweise ist die Umsetzung auch nicht in Form eines Erlasses geschehen, sondern der Minister legt den Behörden die Einführung nahe. Diese dürfen sie dann bei ihm beantragen. Der vorausseilende Gehorsam bei dieser Art der Umsetzung hängt sehr von der politischen Farbe der Behördenleitung ab. So ist das auch in unserem Kreis gelaufen. Dort, und nicht an den Leistungen der Polizei, die wir anerkennen, setzt unsere Kritik an.

Erfstadt, 03. Februar 2009